

Plenarprotokoll

91. Sitzung

Donnerstag, 18. Juni 2015

Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein 7696

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3054

Angelika Beer [PIRATEN] 7702

Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Extremismus ist eine dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte und erfordert ein wachsames und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Das Klima der Freiheit und Toleranz, das unser Land, Deutschland, seit seiner Entstehung prägt, darf nicht zerstört werden. Es darf in Deutschland und innerhalb und außerhalb Europas, keinerlei Toleranz für Fremdenhass, Gewalt und gewaltbereiten politischen Extremismus geben. Aus diesem Grund plädiere ich für eine **differenzierte Herangehensweise**. Wir dürfen nicht in der Extremismusfalle landen, indem einfach alles zusammengewürfelt und bewertet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorgelegte Antwort der Landesregierung zur Lage in Schleswig-Holstein ist aus meiner Sicht relativ undifferenziert. Das liegt tatsächlich an der Fragestellung, denn die Antwort hat nur zu beantworten, was vom Fragesteller abgefragt wird. Trotzdem sind in der Antwort weite Teile Copy-and-paste Antworten aus dem Bundesverfassungsschutzbericht, der meines Erachtens ebenfalls Lücken in der detaillierten Analyse aufweist, aber darüber werden wir zusammen im Innen- und Rechtsausschuss diskutieren.

Zunächst baut dieser Bericht - beziehungsweise die Fragesteller - offensichtlich auf einer **Extremismustheorie** auf, die eine Parallelisierung von Rechts- und Linksextremismus sowie islamistischen Erkenntnissen vornimmt und dabei vereinfachend in Kauf nimmt, was wissenschaftlich übrigens vollkommen unsinnig ist.

Die Gleichsetzung von linken und rechten politischen Ansätzen entpolitisiert und bagatellisiert dabei die offensichtlichen **Gefahren des Rechtsextremismus**. Die

Tatsache, dass die Neonazigruppe NSU in aller Ruhe und von den Behörden indirekt unterstützt quer durch Deutschland ein dutzend Morde verüben konnte, ist sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal und bis heute noch nicht einmal vollständig aufgeklärt.

Die Gefahren des aktuellen Rechtsextremismus bei uns werden in diesem Bericht aus meiner Sicht fälschlicherweise als gering eingestuft. Zur heutigen NPD: Natürlich, das sind nicht mehr die älteren Herren aus den 60er-Jahren. Sie hat an Mitgliedern verloren, das ist richtig, aber gleichzeitig ist sie radikaler, gewaltbereiter und extremer geworden. Die Verbindung zum Beispiel zu Hooligans und zur Rockerszene wird nicht ausreichend analysiert.

Nicht vergessen sollte man, denn auch dies steht in dem Bericht nicht, die ätzende Kampagne der NPD zur Bundestagswahl: Geld für die Oma statt für Sinti und Roma. Von rechtsextremistischen Angriffe verbaler oder anderer Art auf diese, unsere jüngste Minderheit, die durch unsere Landesverfassung geschützt ist, ist in der Antwort der Landesregierung nichts zu lesen.

Was den **Extremismus von links** betrifft: Es scheint für die Landesregierung eine Gleichsetzung zu geben zwischen Linksextremen und Antifa. Das finde ich persönlich höchst bedenklich. Ich bezeichne mich beispielweise als Antifaschistin, ohne dabei in die linksextreme Ecke gerückt werden zu wollen. Herr Innenminister, Antifaschismus bezeichnet die Ablehnung des Faschismus und mögliche Entwicklungen dorthin und ist jenseits jeder Gleichsetzung mit extremen rechten Neonazis und Neofaschisten davon zu trennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Frage **des radikalen Islamismus und Salafismus**: Ja, islamistischer Terrorismus hat in den letzten Jahren weltweit im Glauben an eine vermeintlich einzig richtige Auslegung der islamischen Religion grausamste Anschläge verübt und damit zum Beispiel mit dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ einer freiheitlichen aufgeklärten Gesellschaft ins Gesicht geschlagen und das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten. Kollege Bernstein, ich warne aber davor, detaillierte Angaben, die dieser Bericht jetzt gibt, zu dramatisieren. Ich warne auch davor, damit die mit uns lebenden Muslime in unserem Land, die die gleiche Demokratie verteidigen wie wir, in eine Ecke zu drängen, zu schwächen und zu kriminalisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir eine grundsätzliche Einigung für die zukünftigen Beratungen. Dies scheint dem Kollegen Bernstein nicht bekannt zu sein.

Ich zitiere aus dem Programm „Demokratie leben“! :

„Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte

Gesellschaft. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Herausforderungen durch die Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Ultrationalismus, Homophobie, gewaltbereiter Salafismus beziehungsweise Dschihadismus, linke Militanz und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene. Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.“

Das ist die Grundlage für Schleswig-Holstein. Wenn wir auf dieser Grundlage gemeinsam arbeiten können, dann wird es die einseitigen Darstellungen künftig vielleicht nicht mehr geben. – Vielen Dank.

Beschluss: 7705

Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in der Drucksache 18/3054 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. -
Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

„Und Angelika Beer (Piraten) wandte sich gegen eine Gleichsetzung von Links und Rechts. Dadurch werde die Terrorzelle NSU „bagatellisiert“, ebenso wie die rechte Szene im Lande mit ihren Verbindungen zu Hooligans und Rockern.“

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/debatten/top_11.html